

Bilanz der Enquete-Kommission „Jungsein in Bayern“

Die Null-Bock-Mentalität ist passé

Am 5. Juli 2005 trafen sich sechs Abgeordnete aus den drei Landtagsfraktionen und fünf Experten in Jugendfragen zur ersten Sitzung. Drei Jahre und 52 Zusammenkünfte später wussten sie dann, was „Jungsein in Bayern“ bedeutet. Das herauszufinden war die Aufgabe der vom Landtag eingesetzten Enquete-Kommission.

Herausgekommen sind auf 264 Seiten zahlreiche Handlungsempfehlungen für die Landespolitik und ermutigende Erkenntnisse. „Wir haben ein sehr positives Bild von den bayerischen Jugendlichen gewonnen“, erklärte der SPD-Abgeordnete Linus Förster. Bayerns Jugendliche bekennen sich demnach zu Werten wie Hilfsbereitschaft, Verantwortlichkeit und Rücksichtnahme, die „Null-Bock-Mentalität“ ist verschwunden, so das parteiübergreifende Fazit. Oder wie es Schüler einer 8. Klasse in Augsburg Förster in ihre Sprache übersetzten: „Jugendliche sind herbe cool, aber voll korrekt drauf!“ Allerdings wird das positive Bild durch vielfältige äußere Einflüsse bedroht. Der

Kommissionsvorsitzende Josef Zellmeier (CSU) zählte die Medienflut, den Alkoholmissbrauch, die wachsende Gewaltbereitschaft einer kleinen Gruppe von Intensivtätern und die oft schwierige Integration von Jugendlichen aus Migrantenfamilien auf.

Die Jugendlichen bräuchten deshalb weiter die Unterstützung und den Schutz des Staates. Konkret bedeute dies den Fortbestand von Religions- und Ethikunterricht, eine bedarfsgerechte Förderung der Jugendarbeit, die Stärkung der Medienkompetenz und eine

strikte Anwendung der Jugendschutzbestimmungen. „Jugendschutz ist keine Strafe für Minderjährige, sondern eine Aufforderung an die Erwachsenen, Jugendliche vor schädlichen Einflüssen oder Alkoholmissbrauch zu schützen“, erklärte Zellmeier. Für Förster reichten gute Worte nicht aus. Er kritisierte die „Kürzungsorgie“ der Staatsregierung im Bereich der Jugendpolitik. Die 2004 eingezogenen 5 Millionen Euro müssten mindestens wieder zurückgegeben werden. „Wir fordern eine aktive, gestaltende und Geld investierende Jugendpolitik“, beschrieb Förster die Haltung

der SPD-Fraktion. Werden Jugendliche nicht als Problemverursacher in der Gesellschaft gesehen, sondern unterstützt, übernehmen sie auch gerne Verantwortung. Trotzdem müsse einem bewusst sein, dass es eine Barriere zwischen der Lebenswelt der Jugendlichen und den Realitäten der Erwachsenenwelt gebe.

Hürden zur Teilnahme am Gesellschaftsleben senken

„Wir können viele Sorgen und Nöte nicht verstehen, auch wenn wir sie statistisch erfassen können“, fasste Förster zusammen. Auf Unterschiede zwischen heranwachsenden Jungen und Mädchen wies der Grüne Thomas Mütze hin. Darauf müsse in den Schulen verstärkt eingegangen werden, genau wie auf schlechtere Startchancen von Migrantenkindern. Bei diesen müssten die Hürden zur Teilnahme am Gesellschaftsleben gesenkt werden. Auffällig sei, dass dieser Personenkreis von Jugendverbänden kaum erreicht werde, von offenen Jugendtreffs dagegen schon. Einig war sich die Kommission in der Feststellung, dass eine Verschärfung des Jugendstrafrechts unnötig sei. Von dieser Haltung ausgenommen blieben die CSU-Initiativen zur Anhebung der Jugendhöchststrafe von 10 auf 15 Jahre und zur Anwendung des Erwachsenenstrafrechts für Heranwachsende als Regelfall.  /jum



Die Enquete-Kommission hat „ein sehr positives Bild von den bayerischen Jugendlichen gewonnen“. dpa